

Zehn Jahre Finanzkrise: die wandlungsfähige Dauerkrise

THOMAS RIXEN

Vor rund zehn Jahren, als die US-Immobilienblase zu ersten Verwerfungen bei verschiedenen europäischen Banken führte, begann die globale Finanzkrise. Was ist seitdem geschehen? Enttäuschend wenig und bestürzend viel. Das Ergebnis ist eine Ausweitung der Krise zu einer Demokratiekrise.

Enttäuschend wenig ist in der Finanzmarktregulierung geschehen. Obwohl auf dem Höhepunkt der Krise weitreichende und fundamentale Reformen des globalen, europäischen und nationalen Regulierungssystems angekündigt wurden, sind die Ergebnisse mager. Man kann zwar eine sehr emsige Reformaktivität und kleinere Verbesserungen, wie verschärfte Eigenkapitalquoten und verbesserte Abwicklungsregeln für insolvente Banken, konstatieren. Aber es ist zu befürchten, dass die Fülle der neuen Regulierungen insgesamt zu einer erhöhten Komplexität und damit nicht zu mehr, sondern weniger Finanzstabilität führt. Weder eine überzeugende Regulierung des Schattenbanksektors, in dem die Krise ihren Ursprung hatte, noch eine Lösung des „too big too fail“-Problems sind in Sicht. Der Schattenbanksektor sowie die Konzentration auf dem Bankenmarkt sind inzwischen sogar größer als vor der Krise. Auch blieb das neoliberale Paradigma sich weitgehend selbst regulierender Finanzmärkte intakt. Weder bei den Eigenkapitalvorschriften noch bei Derivaten oder Ratingagenturen ist es zu einer grundlegenden Änderung der Regulierungsphilosophie gekommen. Von einer Rückkehr zu einem starken Staat als Garant funktionierender Märkte, wie es manche zur Hochphase der Krise erwartet hatten, kann keine Rede sein. Das Finanzsystem ist heute nicht sicherer, als es vor der Krise war.

Dagegen hat die Finanzkrise bestürzend viele und tiefgreifende realwirtschaftliche, soziale und politische Verwerfungen zur Folge. Wirtschaftliche und soziale Probleme zeigen sich vor allem im Süden Europas mit sehr hohen Arbeitslosenzahlen und extremer Jugendarbeitslosigkeit, deren Folgen uns noch lange begleiten dürften. Dem hat die staatliche Politik nicht effektiv entgegengewirkt. Zur Verhinderung des Systemkollapses blieb den Staaten nichts anderes übrig, als systemrelevante Banken zu retten und kurzfristig Konjunkturpakete aufzulegen. Sie haben sich deshalb stark verschulden müssen. Die sogenannte Staatsschuldenkrise – die Schuldenstandquote im Durchschnitt des Euroraums ist heute mit 90 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 25 Prozentpunkte höher als vor der Krise – ist eigentlich eine Bankenkrise. Das ändert aber leider nichts daran, dass sie die Staaten weiter geschwächt hat. Statt eines beherzten, längerfristigen Kampfes gegen die Rezession erlebten wir vielerorts eine sozial unausgewogene Austeritätspolitik.

Angefacht durch diese Entwicklungen kam es in der Folge zu einer Verschärfung politischer Konflikte. Insbesondere in der Europäischen

Union (EU), und begünstigt durch die Konstruktionsfehler des Euro, treiben diese Konflikte zwischen exportorientierten Gläubigerstaaten und auf Binnennachfrage setzenden Schuldnerstaaten die EU in eine ausgewachsene Existenzkrise. Zwar gibt es eine Vielzahl an Lösungsvorschlägen und Zukunftsentwürfen, es ist aber nicht zu erkennen, woher die politische Einigkeit zur Umsetzung kommen soll.

Auch innerhalb der Staaten nehmen die politischen Spannungen zu. Der Aufstieg (rechts-)populistischer Bewegungen, die Entscheidung zum Brexit oder auch die Wahl Donald Trumps sind Phänomene, die sich nicht allein mit wirtschaftlichen Verwerfungen und den daraus resultierenden politischen Entscheidungen erklären lassen. Aber die mangelnde Kraft der Reregulierung, die Rettung der Banken zulasten der Allgemeinheit sowie die Austeritätspolitik haben zur grassierenden Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Eliten sowie den etablierten Parteien beigetragen. Die Unzufriedenheit entlädt sich nun im Wiedererstarken eines Nationalismus – von „America first“ bis hin zum Brexit oder der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien – und dem Aufstieg rechts- und vereinzelt auch links-populistischer Parteien.

So hat sich also die Finanzkrise unter der Hand zu einer veritablen Demokratiekrise ausgewachsen. Darin liegt eine beunruhigende Verdopplung der Krise. Denn es steht zu befürchten, dass die wachsende Polarisierung und der Aufstieg des Rechtspopulismus in unseren Demokratien die politische Einigung auf Finanzmarktregulierungen erschweren. Dabei wären gut regulierte und stabile Finanzmärkte ein Schlüssel zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung und sozialen Befriedung – und damit letztlich ein wichtiges Element im Kampf gegen die Krise der Demokratie.

Dies würde zunächst einmal voraussetzen, dass man sich zur Notwendigkeit weitergehender Finanzmarktreformen bekennt. Man hat aber den Eindruck, dass mit der sich allmählich aufhellenden Konjunktur das Interesse daran fast überall erloschen ist. Dies gilt vor allem für Deutschland, das sich trotz einer hierzulande besonders teuren und ineffizienten Bankenrettung besonders schnell ökonomisch erholt hat. Die Nachlässigkeit und Selbstzufriedenheit könnten sich schnell rächen. Denn die Wahrheit ist: Die Krise lebt. ■

THOMAS RIXEN, Prof. Dr., Politikwissenschaftler an der Universität Bamberg, lehrt und forscht auf dem Gebiet der Internationalen und Vergleichenden Politischen Ökonomie.

@ thomas.rixen@uni-bamberg.de